

Antragsteller Markuskirchengemeinde Hohenhorst, Rahlstedt-Ost	Geburtsdatum (bei Einzelpersonen)
Anspruchspartner [REDACTED]	Antragsdatum 24.09.2021
Anschrift Halenseering 6, 22149 Hamburg	
Telefon [REDACTED]	Email senlorentreff@markuskirchengemeinde.de

An das Bezirksamt Wandsbek  
 Fachamt Sozialraummanagement  
 SR 22 - Finanzabwicklung Zuwendungen  
 Schloßstraße 60  
 22041 Hamburg

Antrag auf Zuwendung aus  
 der offenen Seniorenarbeit (SP)

Bezeichnung der Maßnahme:  
 Grünkohlessen

für die Zeit vom 01.10.2022 bis 01.12.2022

Höhe der beantragten Zuwendung: 600,00 €

Aktenzeichen des Vorjahres: W/D3|97000|2021|SR 13 986,90-09|SP 06

Kurzbeschreibung der Maßnahme, für die eine Zuwendung beantragt wird:

Seit vielen Jahren ist es in der Grünkohlzeit zur Tradition in den Räumen des Treffs ein Grünkohlessen anzubieten. Gerade in der dunklen und kalten Jahreszeit ist es wichtig die Möglichkeit zu bieten, wo Senior\*Innen der Stadtteile Hohenhorst und Rahlstedt - Ost sich bei einem warmen Mittagessen treffen können. Auch das Klönen soll nicht zu kurz kommen.

voraussichtliche Teilnehmerzahl: 30 Personen

Wurde mit der Maßnahme bereits begonnen?  ja  nein

## 1. Umsatzsteuer

Sind Sie gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) oder aus sonstigen Gründen für die nachfolgenden Kostenpositionen zum Umsatzsteuerabzug berechtigt?

ja  nein

Wenn ja, dann sind die im Kosten- und Finanzierungsplan veranschlagten Kostenpositionen um die erstattungsfähige Umsatzsteuer zu bereinigen!

## 2. Kosten- und Finanzierungsplan

2.1 Ausgaben		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
Organisation und Verwaltung	100,00 €	
Deko	50,00 €	
Lebensmittel und Getränke	950,00 €	
<b>Summe Gesamtausgaben</b>	<b>1100,00 €</b>	
2.2 Einnahmen		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
Eigenmittel (Geldleistungen aus eigenem Vermögen, die zu Beginn des Förderzeitraumes vorhanden sind)	450,00 €	
Geplante Spenden		
Geplante Teilnehmerbeiträge	50,00 €	
Geplante Eintrittsgelder		
Sonstige geplante Einnahmen		
Beantrage Drittmittel ( private/öffentliche Institutionen) Die Zuwendungsgeber sind zu benennen.		
<b>Summe Gesamteinnahmen</b> *	<b>500,00 €</b>	
2.3 Beantragte Zuwendung		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
Als Zuschuss wird beantragt: (Differenz Ausgaben Gesamt/ Einnahmen Gesamt)	600,00 €	

\* Erläuterung zu den Gesamteinnahmen: In der Regel sind mindestens 5% der unter 2.1. genannten Gesamtausgaben als Eigenmittel vom Antragsteller aufzubringen. Ein Abweichen davon ist besonders zu begründen (siehe Ziffer 3).

### 3. Begründung des Eigenmittelanteils unter 5 %

Betragen die Eigenmittel weniger als 5 % der Gesamtausgaben?

ja  nein

Wenn ja, ausführliche Begründung:

### 4. Angaben zum Besserstellungsverbot:

4.1 Wird das Personal besser gestellt als vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg (siehe Nr. 1.3 der ANBest-I/ANBest-P)?

Nein  Ja Wenn ja, inwiefern? \_\_\_\_\_

4.2 Wird das Personal aufgrund eines vom TV-L abweichenden Tarifvertrages bezahlt?

Nein  Ja Wenn ja, welcher Tarifvertrag? \_\_\_\_\_

4.3 Werden die Gesamtausgaben (nicht projektbezogen) überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert?

Nein  Ja

## 5. Angaben zur Doppelförderung:

5.1 Wurde eine Förderung durch Dritte und/oder andere öffentliche Stellen für die gleiche Maßnahme beantragt oder in Aussicht gestellt?

Nein  Ja

Wenn ja, von welchen Stellen wird das Projekt gefördert?

5.2 Gibt es Überschneidungen mit anderen öffentlichen geförderten Projekten, bei denen selbst oder gemeinsam mit einem anderen öffentlich geförderten Träger die gleichen personellen und/oder sächlichen Ressourcen genutzt werden?

Nein  Ja

Wenn ja,

5.2.1 mit welchem anderen Projekt/anderen Träger/n gibt es Überschneidungen?

5.2.2 von welcher Stelle wird das Projekt gefördert?

5.2.3 welche Ressourcen werden gemeinsam genutzt?

5.2.4 In welcher Form wird eine nachvollziehbare Kostenzuordnung vorgenommen?

## 6. Wir erklären, dass

6.1 die Durchführung des Projektes und der Aufgabe ohne die Zuwendung nicht möglich oder gefährdet sein würde, weil

nicht genug eigene Mittel vorhanden sind und wir keine Senior\*Innen ausschließen wollen, die über nicht so viele finanziellen Mittel verfügen.

6.2 gegen das Unternehmen oder gegen den Inhaber, Vorstand, Geschäftsführer

5.2.1 kein Zwangsvollstreckungsverfahren anhängig ist oder

5.2.2 keine Anträge auf Ableistung der eidesstattlichen Versicherung bzw. Eröffnung des Vergleichs- oder Konkursverfahrens gestellt sind

6.3 wir die Gewähr für eine ordnungsgemäße Geschäftsführung bieten und hierbei eine zweckentsprechende, bestimmungsgemäße und wirtschaftliche Verwendung der Mittel sicherstellen

- 6.4 wir eine ordnungsgemäße Buchführung gewährleisten, d. h.
- 6.4.1 die Belege chronologisch erfasst, dem Verwendungszweck entsprechend abgelegt und sechs Jahre aufbewahrt werden (Ziffer 6 und 7 ANBest-P). Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Verwendungsnachweis vorgelegt worden ist. (Anmerkung: bei anderen Behörden oder Institutionen können längere Aufbewahrungsfristen gelten)
- 6.4.2 die Verbuchung sämtlicher Belege zeitnah vorgenommen wird und keine Buchung ohne Belege erfolgt  
und
- 6.4.3 unsere Buchführung nach folgendem System erfolgt:  
 Doppelte Buchführung       Einnahmen- Ausgabenrechnung (Kassenbuch) bzw.  
es wird wie folgt Buch geführt:

---

ggf. Software:

---

- 6.5 der Schutz personenbezogener Daten sichergestellt ist
- 6.6 wir nicht die Technologie nach L. Ron Hubbard anwenden
- 6.7 wir die fachlichen Voraussetzungen für die Durchführung der geplanten Maßnahme erfüllen
- 6.8 wir gemäß unserer jährlichen Berichtspflicht entsprechend der LHO sowie der einschlägigen Förder- und Globalrichtlinien die Aktivitäten der Leistungserbringung ordnungsgemäß dokumentieren und fristgemäß zur Verfügung stellen (z.B. Kennzahlen, Berichtswesen)
- 6.9 wir die Erfüllung der einschlägigen Fördervoraussetzungen gewährleisten
- 6.10 wir gesetzliche Mindestlohnregelungen einhalten

**Die Punkte 6.11 bis 6.14 betreffen ausschließlich die Träger der Kinder- und Jugendarbeit!**

- 6.11 wir nachweislich für Hamburger Kinder, Jugendliche, Heranwachsende, junge Erwachsene oder Familien tätig sind oder tätig werden wollen
- 6.12 wir die Einhaltung der Schutzbestimmungen der §§ 8a und 72a Sozialgesetzbuch VIII sicherstellen, auch bezogen auf die von uns beschäftigten Honorarkräfte und ehrenamtlich Tätigen
- 6.13 wir eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit leisten (kann ggf. durch Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Sozialgesetzbuch VIII nachgewiesen werden)
- 6.14 wir der Rahmenvereinbarung der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration zum Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe (§§ 8a und 72a Sozialgesetzbuch VIII) vom 11.12.2013 beigetreten sind und uns zum Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen gem. § 72 a Abs. 2 bzw. 4 SGB VIII verpflichten

Ja    Beitrittserklärung vom: \_\_\_\_\_     Nein

## 7. Versicherung

Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und bestätigen den Empfang eines Abdrucks der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen (ANBest-I/ANBest-P).

Wir versichern zugleich, dass wir mit dem Inhalt der ANBest-I/ANBest-P einverstanden sind und diese für uns verbindlich sind.

Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens erforderlich ist (vgl. § 12 Abs. 1 Hamburgisches Datenschutzgesetz- HmbDSG). Es gelten die Auskunfts- und Berichtigungsrechte nach dem HmbDSG.

Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben (vgl. § 7 Abs. 1 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft) die Namen der Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger, die Höhe der Gesamtzuwendung, der Zweck der Zuwendung (ggf. mit einer Darstellung der regionalen Zuordnung der Maßnahme) sowie die Förderungsart im Rahmen eines Zuwendungsberichts in einer Bürgerschaftsdrucksache veröffentlicht werden - sofern überwiegende schutzwürdige Interessen nicht entgegenstehen. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zweckes nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Die Bürgerschaftsdrucksache wird auch im Internet veröffentlicht.

24.09.2021

Datum

Schrift(en) des Antragstellers

(vertretungsberechtigt / gemeinschaftlich vertretungsberechtigt lt. Formblatt Vertretungsberechtigte)

### Anmerkung:

Bei unvollständig oder verspätet eingereichten Antragsunterlagen, einem nicht mit einer rechtsverbindlichen Unterschrift versehenen Antrag oder anderen Mängeln kann die Antragsbearbeitung und damit die Bewilligung ggf. erst verzögert erfolgen oder unmöglich werden.

### **Folgende Anlagen sind dem Antrag beigelegt:**

- Bestandsliste für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Personalbogen für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Änderungsmitteilung für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Formular Vertretungsberechtigte
- Kostenvoranschläge
- Begründung der Differenzbeträge
- Zweckbeschreibung
- sonstiges:

Antragsteller	Geburtsdatum (bei Einzelpersonen)
Seniorentreff der Christuskirche am Wandsbeker Markt	
Ansprechpartner	Antragsdatum
	28-09-2021
Telefon	E-Mail
	info@christuskirche-wandsbek.de

An das Bezirksamt Wandsbek  
 Fachamt Sozialraummanagement  
 SR 22 - Finanzabwicklung Zuwendungen  
 Schloßstraße 60  
 22041 Hamburg

Bezirksamt Wandsbek Fachamt Sozialraummanagement Eingang:
30. Sep. 2021
Abt. / Dienstl.: .....

**Antrag auf Zuwendung aus**

der offenen Seniorenarbeit (SP)

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Vorstellung eines Seniorentheaters

für die Zeit vom 01-01-2022 bis 31-05-2022

Höhe der beantragten Zuwendung: 500,- €

Aktenzeichen des Vorjahres: AZ W/DE 197980/2021/SR 13.986.90-09/SP 10

**Kurzbeschreibung der Maßnahme, für die eine Zuwendung beantragt wird:**

Vorführungen aller Art waren durch die Lockdowns und der danach folgenden Auflagen nicht möglich, sodass der Wunsch nach (kulturellen) Vorführungen sehr groß ist. Es besteht Nachholbedarf. Dies wollen wir mit dem Nachmittag erreichen.

Wurde mit der Maßnahme bereits begonnen?  ja  nein

## 1. Umsatzsteuer

Sind Sie gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) oder aus sonstigen Gründen für die nachfolgenden Kostenpositionen zum Umsatzsteuerabzug berechtigt?

ja  nein

Wenn ja, dann sind die im Kosten- und Finanzierungsplan veranschlagten Kostenpositionen um die erstattungsfähige Umsatzsteuer zu bereinigen!

## 2. Kosten- und Finanzierungsplan

2.1 Ausgaben		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
Honorar	800,-	
Rc. Bewirtung	100,-	
Debo	50,-	
Summe Gesamtausgaben	950,-	
2.2 Einnahmen		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
Eigenmittel (Geldleistungen aus eigenem Vermögen, die zu Beginn des Förderzeitraumes vorhanden sind) <i>Etat</i>	250,-	
Geplante Spenden	200,-	
Geplante Teilnehmerbeiträge		
Geplante Eintrittsgelder		
Sonstige geplante Einnahmen		
Beantrage Drittmittel ( private/öffentliche Institutionen) Die Zuwendungsgeber sind zu benennen.		
Summe Gesamteinnahmen *		
2.3 Beantragte Zuwendung		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
Als Zuschuss wird beantragt: (Differenz Ausgaben Gesamt/ Einnahmen Gesamt)	450,- 500,-	

\* Erläuterung zu den Gesamteinnahmen: In der Regel sind mindestens 5% der unter 2.1. genannten Gesamtausgaben als Eigenmittel vom Antragsteller aufzubringen. Ein Abweichen davon ist besonders zu begründen (siehe Ziffer 3).

### 3. Begründung des Eigenmittelanteils unter 5 %

Betragen die Eigenmittel weniger als 5 % der Gesamtausgaben?

Ja  nein

Wenn ja, ausführliche Begründung:

### 4. Angaben zum Besserstellungsverbot:

4.1 Wird das Personal besser gestellt als vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg (siehe Nr. 1.3 der ANBest-I/ANBest-P)?

Nein  Ja Wenn ja, inwiefern? \_\_\_\_\_

4.2 Wird das Personal aufgrund eines vom TV-L abweichenden Tarifvertrages bezahlt?

Nein  Ja Wenn ja, welcher Tarifvertrag? \_\_\_\_\_

4.3 Werden die Gesamtausgaben (nicht projektbezogen) überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert?

Nein  Ja

## 5. Angaben zur Doppelförderung:

- 5.1 Wurde eine Förderung durch Dritte und/oder andere öffentliche Stellen für die gleiche Maßnahme beantragt oder in Aussicht gestellt?

Nein  Ja

Wenn ja, von welchen Stellen wird das Projekt gefördert?

- 5.2 Gibt es Überschneidungen mit anderen öffentlichen geförderten Projekten, bei denen selbst oder gemeinsam mit einem anderen öffentlich geförderten Träger die gleichen personellen und/oder sächlichen Ressourcen genutzt werden?

Nein  Ja

Wenn ja,

5.2.1 mit welchem anderen Projekt/anderen Träger/n gibt es Überschneidungen?

5.2.2 von welcher Stelle wird das Projekt gefördert?

5.2.3 welche Ressourcen werden gemeinsam genutzt?

5.2.4 in welcher Form wird eine nachvollziehbare Kostenzuordnung vorgenommen?

## 6. Wir erklären, dass

- 6.1 die Durchführung des Projektes und der Aufgabe ohne die Zuwendung nicht möglich oder gefährdet sein würde, weil

*unser Jahresetat in Höhe von 4000,- € so hohe Honorare nicht decken kann.*

- 6.2 gegen das Unternehmen oder gegen den Inhaber, Vorstand, Geschäftsführer

5.2.1 kein Zwangsvollstreckungsverfahren anhängig ist oder

5.2.2 keine Anträge auf Ableistung der eidesstattlichen Versicherung bzw. Eröffnung des Vergleichs- oder Konkursverfahrens gestellt sind

- 6.3 wir die Gewähr für eine ordnungsgemäße Geschäftsführung bieten und hierbei eine zweckentsprechende, bestimmungsgemäße und wirtschaftliche Verwendung der Mittel sicherstellen

- 6.4 wir eine ordnungsgemäße Buchführung gewährleisten, d. h.
- 6.4.1 die Belege chronologisch erfasst, dem Verwendungszweck entsprechend abgelegt und sechs Jahre aufbewahrt werden (Ziffer 6 und 7 ANBest-P). Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Verwendungsnachweis vorgelegt worden ist. (Anmerkung: bei anderen Behörden oder Institutionen können längere Aufbewahrungsfristen gelten)
- 6.4.2 die Verbuchung sämtlicher Belege zeitnah vorgenommen wird und keine Buchung ohne Belege erfolgt  
**und**
- 6.4.3 unsere Buchführung nach folgendem System erfolgt:  
 Doppelte Buchführung       Einnahmen- Ausgabenrechnung (Kassenbuch) bzw.  
es wird wie folgt Buch geführt:

---

ggf. Software:

---

- 6.5 der Schutz personenbezogener Daten sichergestellt ist
- 6.6 wir nicht die Technologie nach L. Ron Hubbard anwenden
- 6.7 wir die fachlichen Voraussetzungen für die Durchführung der geplanten Maßnahme erfüllen
- 6.8 wir gemäß unserer jährlichen Berichtspflicht entsprechend der LHO sowie der einschlägigen Förder- und Globalrichtlinien die Aktivitäten der Leistungserbringung ordnungsgemäß dokumentieren und fristgemäß zur Verfügung stellen (z.B. Kennzahlen, Berichtswesen)
- 6.9 wir die Erfüllung der einschlägigen Fördervoraussetzungen gewährleisten
- 6.10 wir gesetzliche Mindestlohnregelungen einhalten

*Die Punkte 6.11 bis 6.14 betreffen ausschließlich die Träger der Kinder- und Jugendarbeit!*

- 6.11 wir nachweislich für Hamburger Kinder, Jugendliche, Heranwachsende, junge Erwachsene oder Familien tätig sind oder tätig werden wollen
- 6.12 wir die Einhaltung der Schutzbestimmungen der §§ 8a und 72a Sozialgesetzbuch VIII sicherstellen, auch bezogen auf die von uns beschäftigten Honorarkräfte und ehrenamtlich Tätigen
- 6.13 wir eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit leisten (kann ggf. durch Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Sozialgesetzbuch VIII nachgewiesen werden)
- 6.14 wir der Rahmenvereinbarung der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration zum Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe (§§ 8a und 72a Sozialgesetzbuch VIII) vom 11.12.2013 beigetreten sind und uns zum Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen gem. § 72 a Abs. 2 bzw. 4 SGB VIII verpflichten

Ja    Beitrittserklärung vom: \_\_\_\_\_       Nein

## 7. Versicherung

Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und bestätigen den Empfang eines Abdrucks der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen (ANBest-I/ANBest-P).

Wir versichern zugleich, dass wir mit dem Inhalt der ANBest-I/ANBest-P einverstanden sind und diese für uns verbindlich sind.

Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens erforderlich ist (vgl. § 12 Abs. 1 Hamburgisches Datenschutzgesetz- HmbDSG). Es gelten die Auskunfts- und Berichtigungsrechte nach dem HmbDSG.

Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben (vgl. § 7 Abs. 1 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft) die Namen der Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger, die Höhe der Gesamtzuwendung, der Zweck der Zuwendung (ggf. mit einer Darstellung der regionalen Zuordnung der Maßnahme) sowie die Förderungsart im Rahmen eines Zuwendungsberichts in einer Bürgerschaftsdrucksache veröffentlicht werden - sofern überwiegende schutzwürdige Interessen nicht entgegenstehen. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zweckes nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Die Bürgerschaftsdrucksache wird auch im Internet veröffentlicht.

*Ev.-Luth.  
Christus-Kirche  
Wandsbek  
Schloßstraße 78  
22041 Hamburg  
Telefon 652 20 00*

*28-09-2021*

Datum



Schrift(en) des Antragstellers

(vertretungsberechtigt / gemeinschaftlich vertretungsberechtigt lt. Formblatt Vertretungsberechtigte)

### Anmerkung:

Bei unvollständig oder verspätet eingereichten Antragsunterlagen, einem nicht mit einer rechtsverbindlichen Unterschrift versehenen Antrag oder anderen Mängeln kann die Antragsbearbeitung und damit die Bewilligung ggf. erst verzögert erfolgen oder unmöglich werden.

### **Folgende Anlagen sind dem Antrag beigelegt:**

- Bestandsliste für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Personalbogen für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Änderungsmittteilung für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Formular Vertretungsberechtigte
- Kostenvoranschläge
- Begründung der Differenzbeträge
- Zweckbeschreibung
- sonstiges:

Antragsteller Markuskirchengemeinde Hohenhorst, Rahlstedt-Ost	Geburtsdatum (bei Einzelpersonen)
Ansprechpartner [REDACTED]	Antragsdatum 24.09.2021
Anschrift Halenseering 6, 22149 Hamburg	
Telefon [REDACTED]	Email senlorentreff@markuskirchengemeinde.de

An das Bezirksamt Wandsbek  
 Fachamt Sozialraummanagement  
 SR 22 - Finanzabwicklung Zuwendungen  
 Schloßstraße 60  
 22041 Hamburg

Antrag auf Zuwendung aus  
 der offenen Seniorenarbeit (SP)

Bezeichnung der Maßnahme:  
 Frühlingsfest

für die Zeit vom 01.03.2022 bis 15.05.2022

Höhe der beantragten Zuwendung: 220,00 €

Aktenzeichen des Vorjahres: W/D3|96745|2020|SR 13 986.90-09|SP 02

**Kurzbeschreibung der Maßnahme, für die eine Zuwendung beantragt wird:**

Das Frühlingsfest soll ein gemütlicher und geselliger Kaffeenachmittag sein mit Musik und Texten rund um den Frühling sein. Senior\*Innen der Stadtteile Hohenhorst und Rahlstedt- Ost sind eingeladen sich zu begegnen. So soll der Vereinsamung vorgebeugt und entgegengewirkt werden.

voraussichtliche Teilnehmerzahl: 40 Personen

Wurde mit der Maßnahme bereits begonnen?  ja  nein

## 1. Umsatzsteuer

Sind Sie gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) oder aus sonstigen Gründen für die nachfolgenden Kostenpositionen zum Umsatzsteuerabzug berechtigt?

ja  nein

Wenn ja, dann sind die im Kosten- und Finanzierungsplan veranschlagten Kostenpositionen um die erstattungsfähige Umsatzsteuer zu bereinigen!

## 2. Kosten- und Finanzierungsplan

2.1 Ausgaben		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
Organisation und Verwaltung	100,00 €	
Deko	50,00 €	
Lebensmittel und Getränke	150,00 €	
Musik	100,00 €	
<b>Summe Gesamtausgaben</b>	<b>400,00 €</b>	
2.2 Einnahmen		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
Eigenmittel (Geldleistungen aus eigenem Vermögen, die zu Beginn des Förderzeitraumes vorhanden sind)	120,00 €	
Geplante Spenden		
Geplante Teilnehmerbeiträge	60,00 €	
Geplante Eintrittsgelder		
Sonstige geplante Einnahmen		
Beantragte Drittmittel ( private/öffentliche Institutionen) Die Zuwendungsgeber sind zu benennen.		
<b>Summe Gesamteinnahmen</b> *	<b>180,00 €</b>	
2.3 Beantragte Zuwendung		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
Als Zuschuss wird beantragt: (Differenz Ausgaben Gesamt/ Einnahmen Gesamt)	220,00 €	

\* Erläuterung zu den Gesamteinnahmen: In der Regel sind mindestens 5% der unter 2.1. genannten Gesamtausgaben als Eigenmittel vom Antragsteller aufzubringen. Ein Abweichen davon ist besonders zu begründen (siehe Ziffer 3).

3. Begründung des Eigenmittelanteils unter 5 %

Betragen die Eigenmittel weniger als 5 % der Gesamtausgaben?

ja     nein

Wenn ja, ausführliche Begründung:

4. Angaben zum Besserstellungsverbot:

4.1 Wird das Personal besser gestellt als vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg (siehe Nr. 1.3 der ANBest-I/ANBest-P)?

Nein     Ja    Wenn ja, inwiefern? \_\_\_\_\_

4.2 Wird das Personal aufgrund eines vom TV-L abweichenden Tarifvertrages bezahlt?

Nein     Ja    Wenn ja, welcher Tarifvertrag? \_\_\_\_\_

4.3 Werden die Gesamtausgaben (nicht projektbezogen) überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert?

Nein     Ja

## 5. Angaben zur Doppelförderung:

- 5.1 Wurde eine Förderung durch Dritte und/oder andere öffentliche Stellen für die gleiche Maßnahme beantragt oder in Aussicht gestellt?

Nein  Ja

Wenn ja, von welchen Stellen wird das Projekt gefördert?

- 5.2 Gibt es Überschneidungen mit anderen öffentlichen geförderten Projekten, bei denen selbst oder gemeinsam mit einem anderen öffentlich geförderten Träger die gleichen personellen und/oder sächlichen Ressourcen genutzt werden?

Nein  Ja

Wenn ja,

5.2.1 mit welchem anderen Projekt/anderen Träger/n gibt es Überschneidungen?

5.2.2 von welcher Stelle wird das Projekt gefördert?

5.2.3 welche Ressourcen werden gemeinsam genutzt?

5.2.4 in welcher Form wird eine nachvollziehbare Kostenzuordnung vorgenommen?

## 6. Wir erklären, dass

- 6.1 die Durchführung des Projektes und der Aufgabe ohne die Zuwendung nicht möglich oder gefährdet sein würde, weil

nicht genug eigene Mittel vorhanden sind und wir keine Senior\*Innen ausschließen wollen, die über nicht so viele finanziellen Mittel verfügen.

- 6.2 gegen das Unternehmen oder gegen den Inhaber, Vorstand, Geschäftsführer

5.2.1 kein Zwangsvollstreckungsverfahren anhängig ist **oder**

5.2.2 keine Anträge auf Ableistung der eidesstattlichen Versicherung bzw. Eröffnung des Vergleichs- oder Konkursverfahrens gestellt sind

- 6.3 wir die Gewähr für eine ordnungsgemäße Geschäftsführung bieten und hierbei eine zweckentsprechende, bestimmungsgemäße und wirtschaftliche Verwendung der Mittel sicherstellen

- 6.4 wir eine ordnungsgemäße Buchführung gewährleisten, d. h.
- 6.4.1 die Belege chronologisch erfasst, dem Verwendungszweck entsprechend abgelegt und sechs Jahre aufbewahrt werden (Ziffer 6 und 7 ANBest-P). Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Verwendungsnachweis vorgelegt worden ist. (Anmerkung: bei anderen Behörden oder Institutionen können längere Aufbewahrungsfristen gelten)
- 6.4.2 die Verbuchung sämtlicher Belege zeitnah vorgenommen wird und keine Buchung ohne Belege erfolgt  
und
- 6.4.3 unsere Buchführung nach folgendem System erfolgt:
- Doppelte Buchführung       Einnahmen- Ausgabenrechnung (Kassenbuch) bzw. es wird wie folgt Buch geführt:

---

ggf. Software:

---

- 6.5 der Schutz personenbezogener Daten sichergestellt ist
- 6.6 wir nicht die Technologie nach L. Ron Hubbard anwenden
- 6.7 wir die fachlichen Voraussetzungen für die Durchführung der geplanten Maßnahme erfüllen
- 6.8 wir gemäß unserer jährlichen Berichtspflicht entsprechend der LHO sowie der einschlägigen Förder- und Globalrichtlinien die Aktivitäten der Leistungserbringung ordnungsgemäß dokumentieren und fristgemäß zur Verfügung stellen (z.B. Kennzahlen, Berichtswesen)
- 6.9 wir die Erfüllung der einschlägigen Fördervoraussetzungen gewährleisten
- 6.10 wir gesetzliche Mindestlohnregelungen einhalten

*Die Punkte 6.11 bis 6.14 betreffen ausschließlich die Träger der Kinder- und Jugendarbeit!*

- 6.11 wir nachweislich für Hamburger Kinder, Jugendliche, Heranwachsende, junge Erwachsene oder Familien tätig sind oder tätig werden wollen
- 6.12 wir die Einhaltung der Schutzbestimmungen der §§ 8a und 72a Sozialgesetzbuch VIII sicherstellen, auch bezogen auf die von uns beschäftigten Honorarkräfte und ehrenamtlich Tätigen
- 6.13 wir eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit leisten (kann ggf. durch Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Sozialgesetzbuch VIII nachgewiesen werden)
- 6.14 wir der Rahmenvereinbarung der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration zum Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe (§§ 8a und 72a Sozialgesetzbuch VIII) vom 11.12.2013 beigetreten sind und uns zum Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen gem. § 72 a Abs. 2 bzw. 4 SGB VIII verpflichten

Ja    Beitrittserklärung vom: \_\_\_\_\_       Nein

## 7. Versicherung

Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und bestätigen den Empfang eines Abdrucks der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen (ANBest-I/ANBest-P).

Wir versichern zugleich, dass wir mit dem Inhalt der ANBest-I/ANBest-P einverstanden sind und diese für uns verbindlich sind.

Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens erforderlich ist (vgl. § 12 Abs. 1 Hamburgisches Datenschutzgesetz- HmbDSG). Es gelten die Auskunfts- und Berichtigungsrechte nach dem HmbDSG.

Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben (vgl. § 7 Abs. 1 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft) die Namen der Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger, die Höhe der Gesamtzuwendung, der Zweck der Zuwendung (ggf. mit einer Darstellung der regionalen Zuordnung der Maßnahme) sowie die Förderungsart im Rahmen eines Zuwendungsberichts in einer Bürgerschaftsdrucksache veröffentlicht werden - sofern überwiegende schutzwürdige Interessen nicht entgegenstehen. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zweckes nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Die Bürgerschaftsdrucksache wird auch im Internet veröffentlicht.

24.09.2021

Datum

 des Antragstellers  
(vertretungsberechtigt / gemeinschaftlich vertretungsberechtigt lt. Formblatt Vertretungsberechtigte)

### Anmerkung:

Bei unvollständig oder verspätet eingereichten Antragsunterlagen, einem nicht mit einer rechtsverbindlichen Unterschrift versehenen Antrag oder anderen Mängeln kann die Antragsbearbeitung und damit die Bewilligung ggf. erst verzögert erfolgen oder unmöglich werden.

### Folgende Anlagen sind dem Antrag beigelegt:

- Bestandsliste für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Personalbogen für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Änderungsmitteilung für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Formular Vertretungsberechtigte
- Kostenvoranschläge
- Begründung der Differenzbeträge
- Zweckbeschreibung
- sonstiges:

Antragsteller <u>Seniorentreff der Christuskirche am Wandsbeker Markt</u>	Geburtsdatum (bei Einzelpersonen)
Ansprechpartner [REDACTED]	Antragsdatum <u>08-09-2021</u>
Ev-luth. Christuskirche Wandsbek, Schloßstr. 78, 22041 HH	
Telefon [REDACTED]	Email <u>info@christuskirche-wandsbek.de</u>

An das Bezirksamt Wandsbek  
 Fachamt Sozialraummanagement  
 SR 22 - Finanzabwicklung Zuwendungen  
 Schloßstraße 60  
 22041 Hamburg

Bezirksamt Wandsbek Fachamt Sozialraummanagement <u>Eingang:</u> 09. Sep. 2021 Abt. / Dienstst.: .....
--

**Antrag auf Zuwendung aus**

der offenen Seniorenarbeit (SP)

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Sommerlicher Tagesausflug

für die Zeit vom 01-06-22 bis 31-07-22

Höhe der beantragten Zuwendung: 1325,- €

Aktenzeichen des Vorjahres: AZ: W/23/97981/2021/SR 13 986.90-09/SP 11

**Kurzbeschreibung der Maßnahme, für die eine Zuwendung beantragt wird:**

Unser Sommerausflug 2022 soll die Senioren mal wieder in den Norden bringen. Angedachtes Ziel ist Bordesholm. Auf der dortigen Klosterinsel beginnt das Programm mit einer Führung eines Kunsthistorikers durch die Kirche und über den Friedhof. Nach dem Mittagessen steht eine Besichtigung des Milchhofes „Rieckens“ an, die Einblicke in die Milchwirtschaft vermittelt. Beabsichtigt in dieser Zeit ist auch eine Verkostung (Milch-Yoghurt-Käse). Der Hofladen bietet die Möglichkeit, noch ein Souvenir zu kaufen. Das Programm endet mit einem gemütlichen Kaffeetrinken.

Wurde mit der Maßnahme bereits begonnen?  ja  nein

### 1. Umsatzsteuer

Sind Sie gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) oder aus sonstigen Gründen für die nachfolgenden Kostenpositionen zum Umsatzsteuerabzug berechtigt?

ja     nein

Wenn ja, dann sind die im Kosten- und Finanzierungsplan veranschlagten Kostenpositionen um die erstattungsfähige Umsatzsteuer zu bereinigen!

### 2. Kosten- und Finanzierungsplan

2.1 Ausgaben		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
Bus	700,-	
Besichtigung Kirche u. Friedhof	150,-	
Mittagessen	850,-	bei 47 Personen
Mildt Hof Führung	400,-	
Kaffeetrinken	600,-	
Summe Gesamtausgaben	2700,-	
2.2 Einnahmen		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
Eigenmittel (Geldleistungen aus eigenem Vermögen, die zu Beginn des Förderzeitraumes vorhanden sind)	200,-	
Geplante Spenden		
Geplante Teilnehmerbeiträge		
47 Personen	1175,-	
Geplante Eintrittsgelder		
Sonstige geplante Einnahmen		
Beantrage Drittmittel ( private/öffentliche Institutionen) Die Zuwendungsgeber sind zu benennen.		
Summe Gesamteinnahmen *	1375,-	
2.3 Beantragte Zuwendung		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
Als Zuschuss wird beantragt: (Differenz Ausgaben Gesamt/ Einnahmen Gesamt)	1325,-	

\* Erläuterung zu den Gesamteinnahmen: in der Regel sind mindestens 5% der unter 2.1. genannten Gesamtausgaben als Eigenmittel vom Antragsteller aufzubringen. Ein Abweichen davon ist besonders zu begründen (siehe Ziffer 3).

### 3. Begründung des Eigenmittelanteils unter 5 %

Betragen die Eigenmittel weniger als 5 % der Gesamtausgaben?

ja  nein

Wenn ja, ausführliche Begründung:

### 4. Angaben zum Besserstellungsverbot:

4.1 Wird das Personal besser gestellt als vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg (siehe Nr. 1.3 der ANBest-I/ANBest-P)?

Nein  Ja Wenn ja, inwiefern? \_\_\_\_\_

4.2 Wird das Personal aufgrund eines vom TV-L abweichenden Tarifvertrages bezahlt?

Nein  Ja Wenn ja, welcher Tarifvertrag? \_\_\_\_\_

4.3 Werden die Gesamtausgaben (nicht projektbezogen) überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert?

Nein  Ja

## 5. Angaben zur Doppelförderung:

5.1 Wurde eine Förderung durch Dritte und/oder andere öffentliche Stellen für die gleiche Maßnahme beantragt oder in Aussicht gestellt?

Nein  Ja

Wenn ja, von welchen Stellen wird das Projekt gefördert?

5.2 Gibt es Überschneidungen mit anderen öffentlichen geförderten Projekten, bei denen selbst oder gemeinsam mit einem anderen öffentlich geförderten Träger die gleichen personellen und/oder sächlichen Ressourcen genutzt werden?

Nein  Ja

Wenn ja,

5.2.1 mit welchem anderen Projekt/anderen Träger/n gibt es Überschneidungen?

5.2.2 von welcher Stelle wird das Projekt gefördert?

5.2.3 welche Ressourcen werden gemeinsam genutzt?

5.2.4 in welcher Form wird eine nachvollziehbare Kostenzuordnung vorgenommen?

## 6. Wir erklären, dass

6.1 die Durchführung des Projektes und der Aufgabe ohne die Zuwendung nicht möglich oder gefährdet sein würde, weil *die Rentenhöhe bei einigen Senioren eine Teilnahme ausschließen würde.*

6.2 gegen das Unternehmen oder gegen den Inhaber, Vorstand, Geschäftsführer

5.2.1 kein Zwangsvollstreckungsverfahren anhängig ist **oder**

5.2.2 keine Anträge auf Ableistung der eidesstattlichen Versicherung bzw. Eröffnung des Vergleichs- oder Konkursverfahrens gestellt sind

6.3 wir die Gewähr für eine ordnungsgemäße Geschäftsführung bieten und hierbei eine zweckentsprechende, bestimmungsgemäße und wirtschaftliche Verwendung der Mittel sicherstellen

- 6.4 wir eine ordnungsgemäße Buchführung gewährleisten, d. h.
- 6.4.1 die Belege chronologisch erfasst, dem Verwendungszweck entsprechend abgelegt und sechs Jahre aufbewahrt werden (Ziffer 6 und 7 ANBest-P). Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Verwendungsnachweis vorgelegt worden ist. (Anmerkung: bei anderen Behörden oder Institutionen können längere Aufbewahrungsfristen gelten)
- 6.4.2 die Verbuchung sämtlicher Belege zeitnah vorgenommen wird und keine Buchung ohne Belege erfolgt  
und
- 6.4.3 unsere Buchführung nach folgendem System erfolgt:  
 Doppelte Buchführung       Einnahmen- Ausgabenrechnung (Kassenbuch) bzw.  
es wird wie folgt Buch geführt:

---

ggf. Software:

---

- 6.5 der Schutz personenbezogener Daten sichergestellt ist
- 6.6 wir nicht die Technologie nach L. Ron Hubbard anwenden
- 6.7 wir die fachlichen Voraussetzungen für die Durchführung der geplanten Maßnahme erfüllen
- 6.8 wir gemäß unserer jährlichen Berichtspflicht entsprechend der LHO sowie der einschlägigen Förder- und Globalrichtlinien die Aktivitäten der Leistungserbringung ordnungsgemäß dokumentieren und fristgemäß zur Verfügung stellen (z.B. Kennzahlen, Berichtswesen)
- 6.9 wir die Erfüllung der einschlägigen Fördervoraussetzungen gewährleisten
- 6.10 wir gesetzliche Mindestlohnregelungen einhalten

*Die Punkte 6.11 bis 6.14 betreffen ausschließlich die Träger der Kinder- und Jugendarbeit!*

- 6.11 wir nachweislich für Hamburger Kinder, Jugendliche, Heranwachsende, junge Erwachsene oder Familien tätig sind oder tätig werden wollen
- 6.12 wir die Einhaltung der Schutzbestimmungen der §§ 8a und 72a Sozialgesetzbuch VIII sicherstellen, auch bezogen auf die von uns beschäftigten Honorarkräfte und ehrenamtlich Tätigen
- 6.13 wir eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit leisten (kann ggf. durch Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Sozialgesetzbuch VIII nachgewiesen werden)
- 6.14 wir der Rahmenvereinbarung der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration zum Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe (§§ 8a und 72a Sozialgesetzbuch VIII) vom 11.12.2013 beigetreten sind und uns zum Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen gem. § 72 a Abs. 2 bzw. 4 SGB VIII verpflichten

Ja    Beitrittserklärung vom: \_\_\_\_\_       Nein

## 7. Versicherung

Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und bestätigen den Empfang eines Abdrucks der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen (ANBest-I/ANBest-P).

Wir versichern zugleich, dass wir mit dem Inhalt der ANBest-I/ANBest-P einverstanden sind und diese für uns verbindlich sind.

Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens erforderlich ist (vgl. § 12 Abs. 1 Hamburgisches Datenschutzgesetz- HmbDSG). Es gelten die Auskunfts- und Berichtigungsrechte nach dem HmbDSG.

Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben (vgl. § 7 Abs. 1 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft) die Namen der Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger, die Höhe der Gesamtzuwendung, der Zweck der Zuwendung (ggf. mit einer Darstellung der regionalen Zuordnung der Maßnahme) sowie die Förderungsart im Rahmen eines Zuwendungsberichts in einer Bürgerschaftsdrucksache veröffentlicht werden - sofern überwiegende schutzwürdige Interessen nicht entgegenstehen. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zweckes nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Die Bürgerschaftsdrucksache wird auch im Internet veröffentlicht.

08-09-2021

Datum

[Redacted Signature]

Unterschrift(en) des Antragstellers

(vertretungsberechtigt / gemeinschaftlich vertretungsberechtigt lt. Formblatt Vertretungsberechtigte)

### Anmerkung:

Bei unvollständig oder verspätet eingereichten Antragsunterlagen, einem nicht mit einer rechtsverbindlichen Unterschrift versehenen Antrag oder anderen Mängeln kann die Antragsbearbeitung und damit die Bewilligung ggf. erst verzögert erfolgen oder unmöglich werden.

### **Folgende Anlagen sind dem Antrag beigelegt:**

- Bestandsliste für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Personalbogen für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Änderungsmitteilung für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Formular Vertretungsberechtigte
- Kostenvoranschläge
- Begründung der Differenzbeträge
- Zweckbeschreibung
- sonstiges:

SP07/101069/2022

Antragsteller Markuskirchengemeinde Hohenhorst, Rahlstedt-Ost	Geburtsdatum (bei Einzelpersonen)
Ansprechpartner [REDACTED]	Antragsdatum 24.09.2021
Anschrift Halenseering 6, 22149 Hamburg	
Telefon [REDACTED]	Email seniorentreff@markuskirchengemeinde.de

An das Bezirksamt Wandsbek  
Fachamt Sozialraummanagement  
SR 22 - Finanzabwicklung Zuwendungen  
Schloßstraße 60  
22041 Hamburg

**Antrag auf Zuwendung aus**

der offenen Seniorenarbeit (SP)

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Sommerliches Grillfest

für die Zeit vom 01.06.2022 bis 29.07.2022 ✓

Höhe der beantragten Zuwendung: 700,00 €

Aktenzeichen des Vorjahres: W/D3|96748|2020|SR 13 986.90-09|SP 04

**Kurzbeschreibung der Maßnahme, für die eine Zuwendung beantragt wird:**

Vor der unserer Sommerpause und den Sommerferien wollen wir die Senior\*innen aus den Stadtteilen Hohenhorst, Rahlstedt-Ost einladen bei Musik, sommerlichen Texten und gutem Essen zusammenzukommen, Kontakte zu knüpfen und zu klönen. Traditionell sind die Seniorengruppen des Mehrgenerationenhauses "Haus am See" eingeladen.

voraussichtliche Teilnehmerzahl: 60 Personen ✓

Wurde mit der Maßnahme bereits begonnen?  ja  nein

## 1. Umsatzsteuer

Sind Sie gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) oder aus sonstigen Gründen für die nachfolgenden Kostenpositionen zum Umsatzsteuerabzug berechtigt?

ja  nein

Wenn ja, dann sind die im Kosten- und Finanzierungsplan veranschlagten Kostenpositionen um die erstattungsfähige Umsatzsteuer zu bereinigen!

## 2. Kosten- und Finanzierungsplan

2.1 Ausgaben		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
Organisation und Verwaltung	300,00 €	✓
Deko	100,00 €	✓
Lebensmittel und Getränke	<del>800,00 €</del> 800,- wie Vorjahr	✓ <i>Spätest 500,-</i>
Musik	100,00 €	✓
<b>Summe Gesamtausgaben</b>	<b>1300,00 €</b>	
2.2 Einnahmen		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
Eigenmittel (Geldleistungen aus eigenem Vermögen, die zu Beginn des Förderzeitraumes vorhanden sind)	600,00 €	
Geplante Spenden		
Geplante Teilnehmerbeiträge		
Geplante Eintrittsgelder		
Sonstige geplante Einnahmen		
Beantragte Drittmittel ( private/öffentliche Institutionen) Die Zuwendungsgeber sind zu benennen.		
<b>Summe Gesamteinnahmen</b> *	<b>600,00 €</b>	
2.3 Beantragte Zuwendung		
Bezeichnung/Art	Euro	ggf. Anmerkungen
<b>Als Zuschuss wird beantragt:</b> <b>(Differenz Ausgaben Gesamt/ Einnahmen Gesamt)</b>	<b>700,00 €</b>	

\* Erläuterung zu den Gesamteinnahmen: In der Regel sind mindestens 5% der unter 2.1. genannten Gesamtausgaben als Eigenmittel vom Antragsteller aufzubringen. Ein Abweichen davon ist besonders zu begründen (siehe Ziffer 3).

### 3. Begründung des Eigenmittelanteils unter 5 %

Betragen die Eigenmittel weniger als 5 % der Gesamtausgaben?

ja     nein

Wenn ja, ausführliche Begründung:

### 4. Angaben zum Besserstellungsverbot:

4.1 Wird das Personal besser gestellt als vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg (siehe Nr. 1.3 der ANBest-I/ANBest-P)?

Nein     Ja    Wenn ja, inwiefern? \_\_\_\_\_

4.2 Wird das Personal aufgrund eines vom TV-L abweichenden Tarifvertrages bezahlt?

Nein     Ja    Wenn ja, welcher Tarifvertrag? \_\_\_\_\_

4.3 Werden die Gesamtausgaben (nicht projektbezogen) überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert?

Nein     Ja

## 5. Angaben zur Doppelförderung:

- 5.1 Wurde eine Förderung durch Dritte und/oder andere öffentliche Stellen für die gleiche Maßnahme beantragt oder in Aussicht gestellt?

Nein  Ja

Wenn ja, von welchen Stellen wird das Projekt gefördert?

- 5.2 Gibt es Überschneidungen mit anderen öffentlichen geförderten Projekten, bei denen selbst oder gemeinsam mit einem anderen öffentlich geförderten Träger die gleichen personellen und/oder sächlichen Ressourcen genutzt werden?

Nein  Ja

Wenn ja,

5.2.1 mit welchem anderen Projekt/anderen Träger/n gibt es Überschneidungen?

5.2.2 von welcher Stelle wird das Projekt gefördert?

5.2.3 welche Ressourcen werden gemeinsam genutzt?

5.2.4 in welcher Form wird eine nachvollziehbare Kostenzuordnung vorgenommen?

## 6. Wir erklären, dass

- 6.1 die Durchführung des Projektes und der Aufgabe ohne die Zuwendung nicht möglich oder gefährdet sein würde, weil

nicht genug eigene Mittel vorhanden sind und wir keine Senior\*Innen ausschließen wollen, die über nicht so viele finanziellen Mittel verfügen.

- 6.2 gegen das Unternehmen oder gegen den Inhaber, Vorstand, Geschäftsführer

5.2.1 kein Zwangsvollstreckungsverfahren anhängig ist **oder**

5.2.2 keine Anträge auf Ableistung der eidesstattlichen Versicherung bzw. Eröffnung des Vergleichs- oder Konkursverfahrens gestellt sind

- 6.3 wir die Gewähr für eine ordnungsgemäße Geschäftsführung bieten und hierbei eine zweckentsprechende, bestimmungsgemäße und wirtschaftliche Verwendung der Mittel sicherstellen

- 6.4 wir eine ordnungsgemäße Buchführung gewährleisten, d. h.
- 6.4.1 die Belege chronologisch erfasst, dem Verwendungszweck entsprechend abgelegt und sechs Jahre aufbewahrt werden (Ziffer 6 und 7 ANBest-P). Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Verwendungsnachweis vorgelegt worden ist. (Anmerkung: bei anderen Behörden oder Institutionen können längere Aufbewahrungsfristen gelten)
- 6.4.2 die Verbuchung sämtlicher Belege zeitnah vorgenommen wird und keine Buchung ohne Belege erfolgt  
**und**
- 6.4.3 unsere Buchführung nach folgendem System erfolgt:  
 Doppelte Buchführung       Einnahmen- Ausgabenrechnung (Kassenbuch) bzw.  
es wird wie folgt Buch geführt:

---

ggf. Software:

---

- 6.5 der Schutz personenbezogener Daten sichergestellt ist
- 6.6 wir nicht die Technologie nach L. Ron Hubbard anwenden
- 6.7 wir die fachlichen Voraussetzungen für die Durchführung der geplanten Maßnahme erfüllen
- 6.8 wir gemäß unserer jährlichen Berichtspflicht entsprechend der LHO sowie der einschlägigen Förder- und Globalrichtlinien die Aktivitäten der Leistungserbringung ordnungsgemäß dokumentieren und fristgemäß zur Verfügung stellen (z.B. Kennzahlen, Berichtswesen)
- 6.9 wir die Erfüllung der einschlägigen Fördervoraussetzungen gewährleisten
- 6.10 wir gesetzliche Mindestlohnregelungen einhalten

***Die Punkte 6.11 bis 6.14 betreffen ausschließlich die Träger der Kinder- und Jugendarbeit!***

- 6.11 wir nachweislich für Hamburger Kinder, Jugendliche, Heranwachsende, junge Erwachsene oder Familien tätig sind oder tätig werden wollen
- 6.12 wir die Einhaltung der Schutzbestimmungen der §§ 8a und 72a Sozialgesetzbuch VIII sicherstellen, auch bezogen auf die von uns beschäftigten Honorarkräfte und ehrenamtlich Tätigen
- 6.13 wir eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit leisten (kann ggf. durch Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Sozialgesetzbuch VIII nachgewiesen werden)
- 6.14 wir der Rahmenvereinbarung der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration zum Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe (§§ 8a und 72a Sozialgesetzbuch VIII) vom 11.12.2013 beigetreten sind und uns zum Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen gem. § 72 a Abs. 2 bzw. 4 SGB VIII verpflichten

Ja    Beitrittserklärung vom: \_\_\_\_\_     Nein

## 7. Versicherung

Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und bestätigen den Empfang eines Abdrucks der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen (ANBest-I/ANBest-P).

Wir versichern zugleich, dass wir mit dem Inhalt der ANBest-I/ANBest-P einverstanden sind und diese für uns verbindlich sind.

Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens erforderlich ist (vgl. § 12 Abs. 1 Hamburgisches Datenschutzgesetz- HmbDSG). Es gelten die Auskunfts- und Berichtigungsrechte nach dem HmbDSG.

Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben (vgl. § 7 Abs. 1 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft) die Namen der Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger, die Höhe der Gesamtzuwendung, der Zuwendungszweck (ggf. mit einer Darstellung der regionalen Zuordnung der Maßnahme) sowie die Förderungsart im Rahmen eines Zuwendungsberichts in einer Bürgerschaftsdrucksache veröffentlicht werden - sofern überwiegende schutzwürdige Interessen nicht entgegenstehen. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zuwendungszwecks nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Die Bürgerschaftsdrucksache wird auch im Internet veröffentlicht.

24.09.2021

Datum

rec

stellers

(vertretungsberechtigt / gemeinschaftlich vertretungsberechtigt / Formular Vertretungsberechtigte)

### Anmerkung:

Bei unvollständig oder verspätet eingereichten Antragsunterlagen, einem nicht mit einer rechtsverbindlichen Unterschrift versehenen Antrag oder anderen Mängeln kann die Antragsbearbeitung und damit die Bewilligung ggf. erst verzögert erfolgen oder unmöglich werden.

### **Folgende Anlagen sind dem Antrag beigefügt:**

- Bestandsliste für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Personalbogen für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Änderungsmitteilung für \_\_\_ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Formular Vertretungsberechtigte
- Kostenvoranschläge
- Begründung der Differenzbeträge
- Zweckbeschreibung
- sonstiges: